

## 16. Wahlperiode

---

### Antrag

der Fraktion der FDP

#### **Die Interessen Berlins beim Bund wirkungsvoll vertreten**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus von Berlin strebt abseits von parteipolitischen Fragen eine enge Partnerschaft mit dem Bund an. Die Abgeordneten aller Parteien, die Berlin im Deutschen Bundestag vertreten, und der Senat von Berlin werden aufgefordert, gemeinsame Aktivitäten zu ergreifen, um die Interessen Berlins wirkungsvoll zu vertreten.

Einer intensiven und kooperativen Zusammenarbeit Berlins mit dem Bund bedarf es insbesondere beim weiteren Ausbau der Infrastruktur in gemeinsamer Verantwortung, beim Ausgleich der hauptstadtbedingten Sonderbelastungen, bei einer mittelfristigen Änderung des Bonn-Berlin-Gesetzes, bei dem zielgerichteten Einsatz der Mittel für den Aufbau Ost, der Aufarbeitung des SED-Unrechtes und der Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarn.

*Begründung:*

Die Bundeshauptstadt Berlin ist mit gut 3,4 Millionen Einwohnern die bevölkerungsreichste und größte Stadt Deutschlands und das Zentrum der Metropolregion Berlin-Brandenburg. Berlin ist zugleich das nach Einwohnerzahlen achtgrößte von sechzehn Ländern der Bundesrepublik Deutschland.

Vor dem Hintergrund der Doppel-eigenschaft Berlins als Metropole im Herzen Mitteleuropas, als Teil der Bundesrepublik und deren Regierungssitz gilt es die daraus resultierenden Interessen selbstbewußt und zum beiderseitigen Nutzen gegenüber dem Bund zu vertreten.

Selten gab es in der Geschichte Berlins den Fall, daß nicht wenigstens eine der den Berliner Senat tragenden Parteien zugleich auch in der Bundesregierung vertreten war. Seit der Kanzlerschaft Ludwig Erhards war dies lediglich zu Beginn der Amtszeit Richard von Weizsäckers als Regierender Bürgermeister und beim Senat Walter Momper von 1989 bis 1991 der Fall.

Mit dem Antritt der neuen Koalition von CDU, CSU und FDP auf der Bundesebene gilt es die Interessensvertretung Berlins konsequent fortzusetzen und zu entwickeln. Die Zusammenarbeit des Landes Berlin mit dem Bund darf nicht parteipolitischen Erwägungen untergeordnet werden, sondern muß sich an den sachlichen Anforderungen und dem Gesamtwohl der Stadt orientieren.

Berlin, 03.11.2009

Meyer Dr. Lindner  
und die übrigen Mitglieder der FDP-Fraktion